

Wahlprogramm der KPD

Anmerkung: Dieses Wahlprogramm ist zugunsten der Leserlichkeit im generischem Maskulinum verfasst.

Vorwort

Unser Ziel ist der Sozialismus. Der Kapitalismus ist ein grundlegend unmoralisches, asoziales System. Ihn zu beseitigen ist notwendig und alternativlos, um die Ausbeutung von Menschen durch Menschen zu stoppen. Wir lehnen die Neoliberale Politik, die dieses Land schon so lange beherrscht, strikt ab, und stehen für einen grundlegenden Wandel. Zudem lehnen wir aber selbsternannten kommunistische Regime wie das der Volksrepublik China oder der Demokratischen Volksrepublik Koreas ab, sie sind eine Perversion, und wir stehen keineswegs für das, wofür diese Staaten stehen. Wir stehen von einer Abkehr vom Status Quo, sind aber dabei trotzdem darauf bedacht, die demokratischen Grundsätze unserer Gesellschaft einzuhalten.

Umwelt

Die größte Herausforderung, die sich der Menschheit aktuell stellt, ist die Klimakatastrophe. Sie aufzuhalten muss die oberste Priorität einer jeden Regierung sein. Die Kapitalisten haben Profite nicht nur über den Menschen, sondern auch über die Umwelt gestellt. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Im Grundgesetz heißt es, dass Eigentum verpflichtet. Umweltverbrecherorganisation wie RWE treten diesen Grundsatz unserer Gemeinschaft mit Füßen. Sie gehören enteignet, denn Umweltverbrechen sind Verbrechen gegen die Menschheit. Darüber hinaus fordern wir einen radikalen Ausbau der erneuerbaren Energien, und einen sofort beginnenden Ausstieg aus der Kohleenergie, welcher dank der Enteignung der Kohlestromproduzenten schnell von statten gehen sollte. Außerdem wollen wir eine CO₂-Steuer einführen.

Infrastruktur

Das Auto ist eine der größten Erfindungen der Menschheit. Und doch ist es in weiten Teilen Deutschlands nicht mehr zeitgemäß. Auf dem Weg in eine bessere Zukunft müssen sich auch unsere Städte verändern. Wir müssen den ÖPNV ausbauen, und können dabei nicht auf Kapitalisten setzen, die nur Profit im Sinn haben. ÖPNV in seiner Gesamtheit gehört in öffentliche Hand, denn als öffentliches Gut betrifft es jeden. Als solches öffentliches Gut muss das benutzen von ÖPNV in der gesamten Bundesrepublik zudem kostenlos sein. Ein effektiver Ausbau des ÖPNV kann nur durch zentrale Planung erfolgen und massiver Investitionen. Das heißt insbesondere:

- Wartung und Instandsetzung des an vielen Stellen maroden Straßennetzes in Deutschland.
- Bau von neuen Bahnstrecken und Bahnhöfen
- Rückgängig machen der Strecken- und Bahnhofsschließungen der letzten Jahrzehnte

- Elektrifizierung des gesamten Streckennetzes in Deutschlands

Während der ÖPNV ausgebaut wird, muss zugleich auch die Nutzen des Autos eingeschränkt werden. Deswegen werden wir eine generelle Autobahnmaut einführen, und für das Verbot von Autos in Innenstädten mit ausreichender ÖPNV-Anbindung eintreten. Doch neben dem Auto gibt es auch andere Verkehrsmittel, die teilweise nicht mehr zeitgemäß sind. So sind Flugzeuge zwar auf Langstrecken bisher nach wie vor fast alternativlos, doch auf Kurzstrecken sind Flüge häufig nicht nötig. Deshalb werden wir innerdeutsche kommerzielle Flüge verbieten.

Wirtschaft

Das vorherrschende Wirtschaftssystem ist asozial, menschenverachtend, und Antidemokratisch. Es muss abgeschafft werden. Die Arbeiter müssen Kontrolle über ihre Arbeitsplätze bekommen. Es muss nicht nur Demokratie in der Regierung, sondern auch Demokratie am Arbeitsplatz geben. Wir fordern eine Enteignung von Kapitalisten, zugunsten der Arbeiter. Dabei müssen die Arbeiter selbst entscheiden können, wie ihr Betrieb geführt wird. Lediglich einige Volkswirtschaftliche Schlüsselindustrien - wie zum Beispiel Stromkonzerne, oder Transportunternehmen - sollen dabei vom Staat kontrolliert werden.

Finanzen

Unser Steuersystem ist einer der ungerechtesten Aspekte unserer Gesellschaft. Hier sind drastische Änderungen nötig. Hier fordern wir:

- Eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Güter des täglichen Bedarfs. Die Mehrwertsteuer ist eine sozial Ungerechte Steuer, da sie nicht progressiv ist. Zudem ist es nicht nachvollziehbar, warum der Staat bei Gütern, die zum Leben notwendig sind, noch mitverdienen soll. Reine Luxusartikel hingegen sollten weiterhin mit einer Mehrwertsteuer belegt werden.
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes für sehr hohe Einkommen. Aktuell liegt der Spitzensteuersatz bei 45%, ab einem Einkommen von 250.000€ pro Jahr. Wir wollen jedoch diese Progression ausbauen, bis zu einem Steuersatz von 90% bei Einkommen über 10 Millionen € pro Jahr. Zugleich wollen wir die Steuersätze in den unteren Einkommensklassen senken, und den Steuerfreibetrag erhöhen
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Finanzmärkte sind die hässlichste Seite des Kapitalismus. Sie müssen eingeschränkt werden. Dazu soll zunächst das Handeln mit Finanzgütern besteuert werden, damit es wenigstens auch der Allgemeinheit zugute kommt. Natürlich ist das nur der erste Schritt zur Einschränkung der Finanzmärkte, weiter werden folgen.
- Abschaffung der Kapitalertragsteuer, und Versteuerung von Kapitalerträgen über die Einkommenssteuer. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Kapitalerträge, mit die asozialste Form des Geld verdienen, steuerlich gegenüber ehrlicher Arbeit besser gestellt werden sollte. Deshalb soll diese Ungleichbehandlung ein Ende haben.
- Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Niemand muss hunderte von Millionen, oder sogar Milliarden von Euros besitzen. Wer so viel besitzt, sollte einen

Teil davon abgeben. So haben es selbst die Schreiber des Grundgesetzes vorgesehen.

Außenpolitik

Außenpolitisch muss Deutschland einen radikal anderen Kurs fahren, als bisher. Deutschland muss eine klare gegenüber Imperialismus und Neo-Kolonialismus zeigen. Deshalb fordern wir:

- Ein Austritt aus der NATO und anderen imperialistischen Organisationen. Deutschland sollte auf der Internationalen Bühne ein neutrales Land werden, vergleichbar mit Österreich. Die NATO war jedoch in der Vergangenheit häufig nur ein Mittel der USA, um ihren Imperialismus, unter anderem im nahen Osten, durchzusetzen. Deshalb muss Deutschland ihr den Rücken kehren.
- Ein Ende sämtlichen Rüstungsexporten. Analog zum vorherigen Punkt muss Deutschland auch die Unterstützung anderer Nationen in ihren kriegerischen Handlungen sofort stoppen. Aus diesem Grund sollten Waffenexporte generell verboten werden.
- Auch beendet werden sollten bewaffnete Bundeswehrauslandseinsätze. Natürlich ist es kein Problem, wenn die Bundeswehr zum Beispiel auf Anfrage der jeweiligen Regierung des Landes bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen hilft. Jedoch sollten militärische aller Art im Ausland generell nicht erlaubt sein. Die Bundeswehr ist zur militärischen Verteidigung Deutschlands da, und weder Mali, der Irak, noch Afghanistan gehören zu Deutschland.

Zudem fordern wir eine radikale Reform der Europäischen Union, da diese in immer zunehmendem Maße den Interessen des Kapitals, dass Neoliberale Politik durchsetzen möchte, und nicht den Menschen dient.

Innenpolitik

- Das Streikrecht muss gestärkt werden. In den letzten Jahren sind Tarifverhandlungen immer weiter zugunsten der Arbeitgeber gekippt. Diesem Trend muss entgegen gesteuert werden. Deshalb fordern wir:
 - Ein Streikrecht für Arbeitnehmer, die nicht Teil einer Gewerkschaft sind. Aktuell dürfen nur Gewerkschaftsmitglieder streiken. Dies sorgt jedoch aufgrund der sinkenden Mitgliederzahlen von Gewerkschaften dafür, dass das mächtige Arbeitskämpfungsmittel immer schwächer wird. Dem sollte entgegengewirkt werden. Zugleich wird dadurch auch das Streiken in kleinen Betrieben erleichtert, in denen häufig gar keine Gewerkschaftsmitglieder arbeiten.
 - Einführung eines Politischen Streikrechts. Streiks zugunsten eines politischen Themas, das nicht direkt vom Arbeitgeber abhängt, sind in fast jedem westlichen Land erlaubt. Auch in Deutschland sollten sie wieder legalisiert werden, um den Arbeitnehmern weitergehenden politischen Einfluss zu ermöglichen.
- Abbau des Überwachungsstaates. Die Geheimdienste und die Polizei haben in den letzten Jahren viele neue Befugnisse bekommen. Dies ist eine klare Einschränkung

der Rechte der Bürger, insbesondere des Rechts auf Privatsphäre. Diese Einschränkung ist unhaltbar.

- Ausbau von Staatlichen Wohnungsprogrammen. Der private Wohnungsbau ist immer stärker auf den Bau von Luxuswohnungen und Einfamilienhäusern fokussiert, da diese die größten Gewinne abwerfen. Dies steht jedoch in einem starken Kontrast zu der tatsächlichen Nachfrage, wo insbesondere günstige Wohnungen stark nachgefragt sind. Hier muss der Staat eingreifen, und den Wohnungsmarkt besser kontrollieren.
- Abschaffung der bevorzugten Stellung von Kirchen in der Gesellschaft. Die Kirchen werden in vielerlei Hinsicht gegenüber anderen Vereinen in der Gesellschaft bevorzugt. So ist zum Beispiel die Finanzierung der Kirchen über die Kirchensteuer ein klarer Verstoß gegen die Trennung von Staat und Kirche, und sollte abgeschafft werden. Auch der schulische Religionsunterricht sollte abgeschafft, und durch einen Philosophie- und Ethikunterricht ersetzt werden.

Sozialpolitik

Auf dem Weg in eine sozialere Welt ist eine veränderte Sozialpolitik unabdingbar. Deshalb fordern wir hier:

- Eine Erhöhung des Mindestlohn auf 15€ pro Stunde.
- Einen Ausbau der Antidiskriminierungs-Behörden. Gleiche Arbeit muss mit gleichem Lohn vergütet werden.
- Eine Einführung der 30-Stunden-Woche. Die 40-Stunden-Woche existiert seit den fünfziger Jahren, und ist nicht mehr zeitgemäß. Deshalb treten wir für eine Reduzierung der Arbeitsbelastung ein.
- Eine Begrenzung von Vorstandsgehältern. Der Vorstand eines Unternehmens solle nicht mehr als das zehnfache des schlecht verdienenden Mitarbeiter des Unternehmens verdienen.
- Abschaffung der Privaten Krankenversicherung. Die Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland ist sozial ungerecht, und muss abgeschafft werden. Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein.

Bildung

Das Bildungssystem ist eine der wichtigsten Komponenten auf dem Weg in einer bessere Zukunft. Deshalb bedarf es besonderer Aufmerksamkeit, um eine besseres Leben für die nächste Generation sicherzustellen. Deshalb fordern wir:

- Eine Abschaffung des Bildungsföderalismus. Der Föderalismus zeigt in der Bildungspolitik seine schlechtesten Seiten. 16 Schulsysteme, die alle nicht miteinander kompatibel sind, sind Wahnsinn. Die Qualität und die Inhalte des Schulunterrichts in den verschiedenen Bundesländern sind teils sehr verschieden, und doch haben am Ende alle ein Abitur, dass bundesweit verglichen wird. Das ist absurd.
- Einführung von eingleisiger weiterführenden Schule. Die Festlegung der weiterführenden Schule und der vierten oder sechsten Klasse führt Kinder schon früh auf feste Bahnen, aus denen sie nur schwer wieder herauskommen. Mit 11 Jahren ist

ein Kind schlichtweg noch zu jung, um eine nennenswerte Aussage über sein Potential zu treffen. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass eine eingleisige weiterführende Schule funktioniert.

- Förderung von Berufsausbildungen. Immer mehr Schüler fangen nach ihrem Abschluss mit einem Studium an. Gleichzeitig sind die Studienabbruchsraten historisch hoch; und viele Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt. Dies muss sich ändern. Es muss in der Gesellschaft wieder mehr Fokus auf Berufsausbildung gesetzt werden. So müssen beispielsweise bei Berufsberatungen Berufsausbildungen stärker hervorgehoben werden.
- Kostenlose Kita für alle. Studien zeigen immer wieder, wie wichtig frühkindliche Bildung für die Entwicklung eines Menschen ist. Dies darf nicht vom Geld der Eltern abhängen.

Wahl

Zur Wahl treten wir mit folgender Liste an:

Direktkandidaten:

u/Gabriel_snow2002 für den Wahlkreis NRW
u/Semarc01 für den Wahlkreis Süd-West
u/-Philtesaurus- für den Wahlkreis Bayern

Wahlliste:

1. u/Semarc01
2. u/Gabriel_snow2002
3. u/-Philtesaurus-

Zudem stehen wir in einer Listenverbindung mit der SAPD, da uns diese politisch nah steht.

KPD: Für ein besseres Deutschland